

Tierschutz

Tierversuche

Weltweit werden pro Jahr ca. 300 Millionen Versuchstiere gequält und getötet, in Deutschland ca. 2,5 Millionen. An dem „Verbrechen Tierversuch“ profitieren vor allem die Pharma-Industrie und die Wissenschaftler, die Tierversuche machen, aber nicht - wie uns vorgegaukelt wird - der Patient. Aus ethischen Gründen sind Tierversuche strikt abzulehnen, denn jede Art von Tierquälerei ist und bleibt ein Verbrechen am Mitlebewesen Tier. Aber auch aus medizinisch-wissenschaftlichen Gründen sind Tierversuche abzulehnen, da sie keine verlässlichen Rückschlüsse für die Humanmedizin liefern. Die Ergebnisse sind für den Patienten ein unkalkulierbares Risiko, wie viele Arzneimittel-Katastrophen (Contergan, Lipobay, Vioxx u. a.) belegen. Deshalb fordern wir von der Hessischen Landesregierung:

1. eine Bundratsinitiative für ein generelles Verbot von Tierversuchen,
2. staatliche Förderungen von tierversuchsfreien Testmethoden, da zwischen Mensch und Tier derart gravierende Unterschiede bestehen, vor allem hinsichtlich des Körperbaus, der Organfunktionen und des Stoffwechsels, dass Ergebnisse aus Tierversuchen für Menschen irreführend sind,
3. Datenbanken zur Dokumentation aller derzeit stattfindenden Tierversuche.

Schächten

Schächten ist ein grausames, archaisches Ritual, das die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ablehnt. Schächten ist legalisierte Tierquälerei und hat in unserer Zeit nichts mehr verloren! Wir, die Tierschutzpartei, setzen uns für ein generelles Schächtverbot ein - ohne WENN und ABER!

Tiere im Zirkus

Zirkusbetriebe sind nicht in der Lage, große und exotische Tiere artgerecht zu halten. Einen Großteil ihres Lebens verbringen sie in Transportwagen und in unzureichend ausgebauten Winterquartieren. Die Tierschutzpartei fordert strengere amtliche Kontrollen der tierschutzrechtlichen Auflagen. Die Hessische Landesregierung muss sich konsequent für einen Weiterbestand

der Hessischen Zirkusdatei einsetzen, die den Veterinärbehörden relevante Informationen liefern kann. Gleichzeitig muss die von Hessen im Jahr 2003 gestartete Bundratsinitiative zum generellen Verbot von Affen, Elefanten und Bären im Zirkus intensiv weiterverfolgt werden.

Das Verbandsklagerecht

In den Fällen, in denen sich Tiernutzer, Tierhalter oder Behörden nicht an die gesetzlichen Vorgaben halten, müssen ausgewählte Verbände die Möglichkeit erhalten, für die Tiere vor Gericht einzutreten. Im Naturschutz ist das schon lange Praxis. Dort können anerkannte Vereine im Interesse der Natur klagen. Derzeit können juristische und private Personen vor Gericht nur ihre eigenen Interessen vertreten, nicht aber die der Tiere. Die Tierschutzpartei fordert deshalb, in Hessen das Verbandsklagerecht auch für den Tierschutz einzuführen.

Umwelt

Stärkung des Naturschutzes

Täglich werden in Hessen fünf bis sechs Hektar Fläche versiegelt. Pro Jahr macht das 2000 Hektar und entspricht der Größe von 2850 Fußballfeldern. Dieser unglaubliche Flächenverbrauch widerspricht der zu erwartenden demographischen Entwicklung. Wir fordern einen konsequenteren Naturschutz, der eine weitere Zersiedelung der Restnatur verbietet. Entgegen den Vorstellungen von Ministerpräsident Roland Koch müssen Bürger und Naturschutzverbände mehr Mitspracherechte erhalten.

Waldschäden ernst nehmen

Der Anfang November 2007 vorgelegte Waldschadensbericht ist alarmierend! Der Zustand der hessischen Wälder hat sich trotz des niederschlagsreichen Sommers weiter verschlechtert. Zwei Drittel der Bäume werden als krank eingestuft. Unser Wald ist nicht nur Lebensraum vieler Tiere und Pflanzen, sondern hat als Schadstoff-Filter einen beträchtlichen Einfluss auf das Klima. Deshalb fordern wir neben einer konsequenteren Klimaschutzpolitik eine bessere Finanzausstattung für die Ausweitung der Waldzustandserhebung und daraus abgeleitete Maßnahmen zur Waldsanierung, wie z.B. Kalkungen und Aufforstungen.

Flughafenerweiterung: Frankfurt ist nicht Dubai

Die geplante Flughafenerweiterung ist abzulehnen, denn Fliegen ist die energie- und emissionsintensivste Art, sich fortzubewegen. Vor dem Hintergrund einer drohenden Klimakatastrophe ist es verantwortungslos, die Umwelt durch eine Erhöhung der Flugbewegungen noch stärker zu belasten. Von dem geplanten Flughafenausbau profitiert nicht die Region, sondern in erster Linie die Flugverkehrswirtschaft. Statt des Ausbaus ist eine bessere Kooperation mit anderen Flughäfen sowie der Ausbau des Bahnnetzes anzustreben. Ist die Flughafenerweiterung nicht zu verhindern, müssen die immensen Folgekosten für Schallschutz, Kompensationszahlungen, Infrastruktur etc. vollständig von der Flugverkehrswirtschaft getragen werden.

Schulpolitik

Wir brauchen ein durchlässiges Schulsystem, das begabte Schüler fördert, ohne dass Kinder, die langsamer lernen, auf der Strecke bleiben. Die Tierschutzpartei fordert statt ideologischer Grundsatzdiskussionen vor allem eine bessere Personal- und Sachausstattung der Schulen und weitgehende Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Schulformen. Mehr Chancengleichheit wird es nur geben, wenn wir durch eine größere Zahl von LehrerInnen und kleinere Klassen die Kinder individueller fördern können. Alles andere sind Scheinlösungen. Ganztagschulen müssen flächendeckend eingeführt werden, damit auch die Kinder Alleinerziehender und berufstätiger Eltern Betreuung und gezielte Förderung erhalten. Ein hochwertiges und gesundes Mittagessen (aus regionalem / ökologischem Anbau) muss für alle Kinder kostenlos angeboten werden.

Bei der Umsetzung von „G 8“, der Schulzeitverkürzung auf 8 Jahre, muss dringend nachgebessert werden. Als einziges Bundesland G 8 wieder abzuschaffen, hieße jedoch, die hessischen Schülerinnen und Schüler zu isolieren. Die Tierschutzpartei fordert Wahlfreiheit für Eltern und Schüler. Als Alternative zur verkürzten Gymnasialzeit mit verschlankten Lehrplänen muss auch weiterhin G 9 bestehen bleiben. Den kooperativen Gesamtschulen muss es gestattet sein, selbst zwischen G 8 und G 9 zu wählen.